

Antirassismus- Konferenz



Für eine rassismuskritische,
chancengerechte
und vielfältige Gesellschaft!

Rassismus ist für viele Menschen in Deutschland Alltag

Ob in der Schule, bei der Arbeits- oder Wohnungssuche, auf der Straße oder selbst in Parlamenten - Menschen werden rassistisch diskriminiert, beleidigt, ausgegrenzt oder tödlich angegriffen. Die schrecklichen Anschläge in Lichtenhagen, Mölln, Solingen, die Mordserie des NSU, Halle und Hanau und der Mord an Walter Lübcke: Das sind traurige Tiefpunkte rassistischer und tödlicher Gewalt.

Schon Kinder erleben früh, dass ihr Äußeres oder ihr Name mit Vorurteilen verknüpft wird und erfahren Ausgrenzung und Ablehnung. Rassismus ist tief in unserer Gesellschaft verankert und lässt sich nur bekämpfen, wenn wir dahinterliegende Strukturen und Muster erkennen und ändern. Doch was muss konkret getan werden, damit alle Menschen in unserer vielfältigen Gesellschaft sicher und frei leben können? Wie gelingt es, Partizipation und Teilhabe so zu stärken, dass alle in gleichem Maße Zugriff auf Ressourcen haben, sozial abgesichert sind, gleiche Zugangschancen zu Bildung und Arbeit haben und gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen mitwirken? Was muss sich ändern auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, bei staatlichen Institutionen wie der Polizei? Um diese und weitere Fragen soll es auf der Konferenz gehen.

Ablauf:

- Ab 10.30 Uhr Einlass
- 11.00 Uhr Begrüßung durch den Landesvorstand
Hanso Janßen + Djenabou Diallo-Hartmann
- 11.10 Uhr Talkrunde + Diskussion:
Dr. Mehmet Daimagüler (Antiziganismusbeauftragter der Bundesregierung)
Dr. Yasemin Shooman (Historikerin und Geschäftsführerin des DeZIM-Instituts)
Julia Willie Hamburg (Grüne Spitzenkandidatin zur Landtagswahl im Oktober 2022)
Moderation: Filiz Polat (MdB)
- 12.45 Uhr Mittagspause
- 13.45 Uhr Vier parallele Workshops:
W1: Diskriminierung am Arbeitsplatz
W2: Machtstrukturen im Bildungsbereich
W3: Institutioneller Rassismus bei der Polizei
W4: Das nds. Landespartizipations- und Teilhabegesetz mitgestalten
- 16.15 Uhr Abschlussrunde im Plenum: Was muss auf politischer Ebene in Niedersachsen passieren, um Antirassismus zu stärken?
Anne Kura (Landesvorsitzende)
- 17.00 Uhr Get-together
- Ende gegen 18.00 Uhr



Samstag, 9. Juli 2022, 11 bis 18 Uhr
HCC Hannover, Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover

Workshops:

W1: Systematische Diskriminierung und rassistische Ausgrenzung von Arbeitsmigrant*innen

Katharina Varelmann (Peco-Institut e. V.) und Dr. Katarzyna Zentner (Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte/Arbeit und Leben), Moderation: Klaudia Hanisch

Unverzichtbar, jedoch meistens unsichtbar arbeiten mobile Beschäftigte - häufig Menschen aus Südost- und Osteuropa - vor allem in der Fleischindustrie, der Landwirtschaft, der häuslichen Pflege, dem Baugewerbe oder der Logistikbranche. Sie arbeiten dort für kurze Zeiträume unter besonders prekären Bedingungen und sind in ihrem Arbeitsalltag alltäglichem und strukturellem Rassismus ausgesetzt. Wie Sonderregelungen im Arbeitsrecht und in den politischen Rahmenbedingungen mobile Beschäftigte diskriminieren und ausgrenzen, wollen wir anhand der Branchen Landwirtschaft, Bauwirtschaft und der häuslichen Pflege sichtbar machen. Und wir wollen schauen: Warum ein breiter gesellschaftlicher Aufschrei angesichts der Bedingungen, unter denen diese mobilen Beschäftigten leben und arbeiten, ausbleibt. Wie können wir die Perspektiven der Betroffenen in den Vordergrund rücken und wie könnten politische Handlungsspielräume aussehen?

• W2: Über Machtstrukturen im Bildungsbereich

N.N., Moderation: Djenabou Diallo-Hartmann

Bildung hat den Auftrag, Demokratie und Menschenrechte sowie die Gleichwertigkeit aller Menschen zu vermitteln. Schule und auch frühkindliche Einrichtungen sind wichtige Orte, um Diskriminierungen entgegenzuwirken und über Rassismus aufzuklären und für rassistische Erscheinungsformen und ein gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander zu sensibilisieren. Dennoch sind unsere Bildungsinstitutionen nicht rassistisch aufgestellt und entsprechen damit nicht den Anforderungen einer vielfältigen Gesellschaft, die wir sind. In diesem Workshop wollen wir uns darüber austauschen, wie wir unsere Bildungseinrichtungen rassistisch aufstellen können und endlich Chancengerechtigkeit für alle Kinder erreichen. Folgende Leitfragen wollen wir diskutieren: Wie kann deutsche Kolonialgeschichte aus einer rassistisch-kritischen Perspektive in das Kerncurriculum aller Fächer integriert werden? Was braucht es, um die Migrationsgeschichte Niedersachsens in Schulbüchern zu verankern? Wie kann rassistisch-kritisches Training als Bestandteil der Lehrer*innen- und Erzieher*innenausbildung sowie für Lehrpersonen an niedersächsischen Hochschulen etabliert werden?

W3: Kein Einzelfall: Institutioneller Rassismus bei der Polizei

Björn Schmaering (PolizeiGrün e.V.), Dr. Fatoş Atali-Timmer (Uni Oldenburg), Moderation: Evrim Camuz

Polizeigewalt und Racial Profiling: Das seien Einzelfälle oder gebe es gar nicht und deshalb müsse man sich auch nicht weiter damit befassen - so hieß es noch 2020 vom damaligen Innenminister Horst Seehofer, der eine Studie zu Rassismus bei der Polizei ablehnte. Dass die Realität anders aussieht, zeigen wiederkehrende Berichte über Misshandlungen von Geflüchteten in Polizeigewahrsam oder rechtsextreme Chatgruppen. Welche Strukturen begünstigen in der Polizei Rassismus und was kann auf landespolitischer Ebene getan werden, um Betroffene effektiv zu schützen?

W 4: Repräsentation und Teilhabe gesetzlich verankern: Das Landespartizipations- und Teilhabegesetz mitgestalten

Dr. Anwar Hadeed (amfn), Moderation: Lena Gumnior

Niedersachsen braucht eine gesetzliche Grundlage für die gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte. Die blumigen Bekenntnisse zu mehr Zusammenhalt dürfen kein Lippenbekenntnis bleiben. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, weg von den verstaubten Konzepten der Integration hin zu Teilhabe- und Partizipationsrechten. Das von der Landesregierung vielfach beschworene Zusammenwachsen gelingt nur mit echten Strukturreformen. Es ist höchste Zeit für ein niedersächsisches Partizipations- und Teilhabegesetz, welches gleichberechtigte Teilhabe, Partizipation und Repräsentation gesetzlich verankert, um das Versprechen der pluralen Demokratie in der Einwanderungsgesellschaft einzulösen. In dem Workshop möchten wir mit Euch Eckpunkte für ein Partizipationsgesetz diskutieren und die Erfahrungen anderer Bundesländer erörtern.

